
P R O T O K O L L
über die Sitzung des Sozialausschusses des Landkreises Cloppen-
burg am Dienstag, dem 29.08.2017, 17:00 Uhr, im Sitzungssaal 2 des
Kreishauses in Cloppenburg

Anwesend

Vorsitzende/r

1. Kreistagsabgeordneter Christoph Eilers

Mitglieder

2. Kreistagsabgeordneter Rudolf Arkenau
3. Kreistagsabgeordneter Klaus Karnbrock
4. Kreistagsabgeordneter Theodor Schmidt
5. Kreistagsabgeordneter Stefan Schute
als Vertreter für Kreistagsabgeordnete
Wienken
6. Kreistagsabgeordneter Henning Stoffers
7. Kreistagsabgeordneter Gerd Stratmann
8. Kreistagsabgeordnete Ursula Thomée
9. Kreistagsabgeordneter Dr. Sebastian Vaske

Grundmandat

10. Kreistagsabgeordneter Michael von Klitzing

Zugewählte beratende Mitglieder

11. Beirat für Menschen mit Behinderung Jan-Gustav Ahlers
12. Landes-Caritasverband Dietmar Fangmann
13. Diakonisches Werk Martina Fisser
14. Deutsches Rotes Kreuz Ursula Gronowski
als Vertreterin für Herrn Pahl
15. Verein der Integrationslotsen Jeannette Kanyarwanda
als Vertreterin für Frau Amiry
16. Paritätischer Cloppenburg Hans-Jürgen Lehmann

Verwaltung

17. Kreisrat Neidhard Varnhorn
18. Kreisverwaltungsoberrätin Gabriele Schröder
19. Gleichstellungsbeauftragte Dr. Christina Neumann
20. Medizinaldirektor Dr. Daniel Tabeling
21. Pressesprecherin Sabine Uchtmann

Protokollführer/in

22. Kreisverwaltungsrat Josef Potthast

Es fehlte/n:

23. Verein der Integrationslotsen im Mina Amiry
Landkreis Cloppenburg e. V.
24. Kreistagsabgeordneter Wilhelm Fetzer
25. Kreistagsabgeordneter Dr. Michael Hoffschroer

26. Kreistagsabgeordneter	Herbert Holthaus
27. Kreistagsabgeordneter	Yilmaz Mutlu
28. Deutsches Rotes Kreuz	Michael Pahl
29. Kreistagsabgeordneter	Stefan Riesenbeck
30. Arbeiterwohlfahrt	Brigitte Siebum
31. Kreistagsabgeordnete	Julia Wienken

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Genehmigung des Protokolls
5. Bericht über die Arbeit der Koordinierungsstelle Migration und Teilhabe im Landkreis Cloppenburg
6. Antrag der Stiftung Edith Stein auf Gewährung eines Zuschusses für die Jahre 2018 - 2020 in Höhe von jeweils 331.418,77 Euro für die Fachstelle Sucht und Suchtprävention V-SOZ/17/065
7. Antrag des Betreuungsvereins Cloppenburg e. V. auf Gewährung eines Zuschusses für die Jahre 2018 - 2020 in Höhe von jeweils 40.000 Euro V-SOZ/17/066
8. Niedrigschwelliges (Rechts-)Beratungsangebot im Oldenburger Münsterland für Arbeitsmigrantinnen und -migranten in prekären Beschäftigungsverhältnissen V-SOZ/17/067
9. Antrag/Anfrage gem. § 56 NKomVG der Gruppe GRÜNE/UWG – Beratungsangebote für Werkvertragsarbeitnehmer_innen V-SOZ/17/068
10. Mitteilungen



1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Kreistagsabgeordneter Eilers, eröffnete um 17.00 Uhr die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Das stellvertretende beratende Mitglied des Sozialausschusses, Frau Jeannette Kanwarwanda (Integrationslotsen), nahm das erste Mal an einer Sitzung teil. Nach einer Belehrung verpflichtete Vorsitzender Eilers das beratende Mitglied zur Amtsschwiegenheit, zum Mitwirkungsverbot und zum Vertretungsverbot.

2. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde von den Ausschussmitgliedern – wie veröffentlicht – angenommen.

3. Einwohnerfragestunde

Vorsitzender Eilers stellte fest, dass Fragen bzw. Wortmeldungen zur Einwohnerfragestunde nicht vorlagen.

4. Genehmigung des Protokolls

Die Niederschrift über die Sitzung am 04.05.2017 wurde einstimmig - bei vier Enthaltungen - genehmigt.

5. Bericht über die Arbeit der Koordinierungsstelle Migration und Teilhabe im Landkreis Cloppenburg

Die Leiterin der „Koordinierungsstelle Migration u. Teilhabe“, Frau Thesing, stellte ihre Arbeit anhand einer PowerPointPräsentation (Anlage 1) vor.

Auf Frage des beratenden Mitgliedes Fisser erläuterte Frau Thesing, dass die Willkommensordner der Kreisverwaltung über die Sozialämter verteilt würden. Die vorgesehene Möglichkeit, dass die Flüchtlinge ihre Dokumente in diesem Ordner sammeln, um sie bei Behördengängen usw. zur Hand zu haben, werde allerdings nicht ausrei-

chend genutzt. Es sei zudem durchaus überlegenswert, den Ordner auch für Arbeitsmigranten aufzulegen. In diesem Zusammenhang machte sie deutlich, dass die Anzahl der Arbeitsmigranten die Zahl der Flüchtlinge weit übersteige.

Beratendes Mitglied Ahlers fragte, inwieweit von einer erfolgreichen Integration gesprochen werden könne.

Ko-Stellenleiterin Thesing erläuterte, dass angesichts der vielen Einzelfälle eine pauschale Aussage nicht möglich sei. Voraussetzung für die Integration sei die Sprache. Hinsichtlich des Erlernens der deutschen Sprache sei eine große Bereitschaft zu erkennen. In der Regel würden die Sprachkurse auch durchgeführt. Nächste Aufgabe sei dann die Vermittlung in Arbeit.

Kreistagsabgeordneter Stoffers bestätigte die Auffassung, dass das Erlernen der deutschen Sprache sehr wichtig sei. Er hob hervor, dass der Landkreis Cloppenburg insbesondere aufgrund des seit über 20 Jahren bestehenden Netzwerkes für Integration (NWI) sich vorbildlich um eine erfolgreiche Integration bemühe.

Ko-Stellenleiterin Thesing verwies darauf, dass der Bereich „Sprache“ weniger ihre Aufgabe sei sondern in den Zuständigkeitsbereich der Bildungskordinatorin für Neuzugewanderte, Frau Hosseiny, falle. Sie führte des Weiteren aus, dass die Sprachkurse des Landkreises zurückgefahren worden seien, weil vorrangig die Integrations- und Sprachkurse von Bund und Land genutzt würden. Hier habe sich auf Bundes- und Landesebene viel getan. Die Wartezeiten für Sprachkurse hätten sich auf wenige Wochen verkürzt.

Zusammenfassend stellte Ko-Stellenleiterin Thesing fest, dass die Stabstelle für Integration auf einem guten Weg sei.

Kreistagsabgeordneter Karnbrock machte darauf aufmerksam, dass es neben den Integrationslotsen auch viele weitere ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger gebe, die sich um eine erfolgreiche Integration bemühten.

Ko-Stellenleiterin Thesing verwies darauf, dass es ihre Aufgabe sei, den ehrenamtlichen Kräften Hilfestellung anzubieten. Dies gelte aber nur für ehrenamtlichen Kräfte, die in Vereinen bzw. Organisationen eingebunden seien.

Kreistagsabgeordneter Arkenau machte darauf aufmerksam, dass die Flüchtlinge aus einem anderen Kulturkreis kämen, viele seien zudem Analphabeten. Es sei daher nur verständlich, wenn nicht nur die Sprache Probleme bereite. Viele Flüchtlinge hätten Probleme, sich im täglichen Leben zurechtzufinden. Er warnte daher, leichtfertig von einem „sich nicht integrieren wollen“ zu sprechen.

Kreistagsabgeordneter Schute regte den Aufbau einer Vernetzung zu den Vereinen an, insbesondere zu den Sportvereinen. Bei den Sportvereinen und dem Kreissportbund gebe es viele gute Ansätze für eine Einbindung in Integrationsangebote. Sport sei immer ein cleverer Schritt auf dem Integrationsweg.

Vorsitzender Eilers dankte für die Redebeiträge und schloss die Aussprache.

6. Antrag der Stiftung Edith Stein auf Gewährung eines Zuschusses für die Jahre 2018 - 2020 in Höhe von jeweils 331.418,77 Euro für die Fachstelle Sucht und Suchtprävention
Vorlage: V-SOZ/17/065

Vorsitzender Eilers führte einleitend aus, dass für die Ltd. Medizinaldirektorin Dr. Blömer der künftige Leiter des Gesundheitsamtes Medizinaldirektor Dr. Tabeling anwesend sei.

Ltd. Medizinaldirektorin Dr. Blömer gehe zum 01.09.2017 in Pension. Er dankte ihr auf diesem Wege für die sehr gute Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren und wünschte ihr für die Zukunft alles Gute. An Medizinaldirektor Dr. Tabeling gewandt brachte er seine Überzeugung zum Ausdruck, dass die gute Zusammenarbeit fortgesetzt würde.

Medizinaldirektor Dr. Tabeling trug den Sachverhalt entsprechend der **Vorlagen-Nr.: V-SOZ/17/065** vor.

Kreistagsabgeordneter Schmidt sprach der Stiftung Edith Stein Dank und Anerkennung für die gute Arbeit in den vergangenen Jahren aus. Er schlug vor, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu folgen und den genannten Zuschuss als Festbetrag für 3 Jahre zu bewilligen.

Vorsitzender Eilers stellte den Antrag des Kreistagsabgeordneten Schmidt zur Abstimmung.

Sitzungsunterbrechung

Kreistagsabgeordneter Karnbrock beantragte eine Unterbrechung der Sitzung, um den anwesenden Vertretern der Stiftung Edith Stein die Möglichkeit zu geben, sich dem Ausschuss vorzustellen.

Vorsitzender Eilers stellte fest, dass die Sitzungsunterbrechung einstimmig beschlossen wurde.

Herr Bartels, Leiter der Fachstelle für Sucht und Suchtprävention in Cloppenburg, teilte mit, dass er in Kürze in Rente gehen werde. Er dankte dem Sozialausschuss für die vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren. Des Weiteren stellte er seine Nachfolgerin, Frau Rauf, vor.

Vorsitzender Eilers dankte Herrn Bartels für die gute Arbeit in der Suchtberatung sowie für die gute Zusammenarbeit mit dem Sozialausschuss. An Frau Rauf gerichtet äußerte Vorsitzender Eilers seine Zuversicht, dass sich die gute Zusammenarbeit fortsetze.

Vorsitzender Eilers dankte den Vertretern der Stiftung Edith Stein für ihre Ausführungen und stellte fest, dass die Sitzungsunterbrechung beendet sei.

Der Sozialausschuss beschloss einstimmig, dem Kreistag zu empfehlen, der Stiftung Edith Stein für die Suchtberatungsstelle einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 331.418,77 Euro als Festbetrag für die Jahre 2018 bis 2020 zu gewähren.

7. Antrag des Betreuungsvereins Cloppenburg e. V. auf Gewährung eines Zuschusses für die Jahre 2018 - 2020 in Höhe von jeweils 40.000 Euro
Vorlage: V-SOZ/17/066

Medizinaldirektor Dr. Tabeling trug den Sachverhalt entsprechend der **Vorlagen-Nr.: V-SOZ/17/066** vor. Zur Ergänzung der Personalkostenberechnung verwies Medizinaldirektor Dr. Tabeling auf eine Tischvorlage (Anlage 2).

Kreistagsabgeordneter Arkenau dankte dem Betreuungsverein für seine Tätigkeit in den vergangenen Jahren. Er verwies darauf, dass der Betreuungsverein seine Rücklagen abgeschmolzen habe und nun die Refinanzierung gesichert werden müsse. Kreistagsabgeordneter Arkenau schlug daher vor, dem Beschlussvorschlag zu folgen und den Zuschuss für 3 Jahre zu bewilligen.

Kreistagsabgeordneter Karnbrock machte deutlich, dass der Betreuungsverein eine wichtige Aufgabe erfülle und sprach ihm seinen Dank aus. Es sei bedauerlich, dass der Bund eine sichere Finanzierung noch nicht gewährleiste. Er stellte ebenfalls den Antrag, den Zuschuss als Festbetrag für 3 Jahre zu bewilligen.

Vorsitzender Eilers stellte die gleichlautenden Anträge der Kreistagsabgeordneten Arkenau und Karnbrock zur Abstimmung.

Der Sozialausschuss beschloss einstimmig, dem Kreistag zu empfehlen, dem Betreuungsverein für die Durchführung der Querschnittsarbeit jeweils einen Zuschuss in Höhe von 40.000,00 Euro als Festbetrag für die Jahre 2018 bis 2020 zu gewähren.

8. Niedrigschwelliges (Rechts-)Beratungsangebot im Oldenburger Münsterland für Arbeitsmigrantinnen und -migranten in prekären Beschäftigungsverhältnissen
Vorlage: V-SOZ/17/067

Dr. Neumann, Leiterin der Stabsstelle Gleichstellung, Integration und Demografie (GDI), trug den Sachverhalt entsprechend der **Vorlagen-Nr.: V-SOZ/17/067** vor. Sie ergänzte ihren Vortrag dahingehend, dass das Bischöflich Münstersche Offizialat in Vechta angekündigt habe, einen 10%igen Zuschuss zu den Kosten der Beratungsstelle zu bewilligen. Demnach könne die Formulierung des Beschlussvorschlages wie folgt geändert werden: „... in Höhe von bis zu 90.500 € Euro...“.

Kreistagsabgeordnete Thomée erläuterte, dass eine Beratungsstelle für kostenlose Rechtsberatung für Werkvertragsarbeiter/innen dringend notwendig sei.

Ein professionelles und koordiniertes Vorgehen gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen im Oldenburger Münsterland sei dringend erforderlich. Die vergangenen Jahre hätten gezeigt, dass dieser menschenunwürdigen Ausbeutung nur mühsam und mit aller Kraft Einhalt zu gebieten sei.

Kreistagsabgeordnete Thomée begrüßte daher den Beschlussvorschlag der Verwaltung ausdrücklich, jährlich rund 90.000 Euro für die Beratungsstelle zur Verfügung zu stellen. Damit würde die Beratungsstelle in greifbare Nähe rücken.

Kreistagsabgeordnete Thomée führte weiter aus, dass sie Kontakt mit Frau Brinkhus-Saltys aufgenommen habe. Frau Brinkhus-Saltys sei an der Erstellung des vorliegenden Konzepts beteiligt gewesen und habe bereits eine ehrenamtliche Rechtsberatungsstelle organisiert.

Ergebnis der Besprechung mit Frau Brinkhus-Saltys sei, dass noch eine wichtige Verbesserungsmöglichkeit gesehen werde. Der Landescaritasverband Oldenburg sehe als eine mögliche Option, dass die Beratungsstelle nicht mit einer Volljuristin / einem Volljuristen besetzt werde. Eine Rechtsberatung ohne Juristen hielt Kreistagsabgeordnete Thomée für falsch. Gemeinsam mit Frau Brinkhus-Saltys ginge sie davon aus, dass die Beratungsstelle nur dann effektiv arbeiten könne, wenn sie mit mindestens einer Volljuristin / einem Volljuristen besetzt sei.

Der Vorlage der Verwaltung sei zwar zu entnehmen, dass von den zwei zu schaffenden Vollzeitstellen eine mit einer Volljuristin / einem Volljuristen besetzt werden solle. Sie begrüße dies ausdrücklich, da das der richtige Weg sei. Dies bringe aber noch nicht die erforderliche Sicherheit.

Um die Besetzung mit einer Volljuristin / einem Volljuristen zu sichern, schlug Kreistagsabgeordnete Thomée vor, dies explizit in den Beschluss aufzunehmen. Sie beantragte daher, den Beschlussvorschlag um folgenden Satz ergänzen:
„Von den zwei zu schaffenden Vollzeitstellen ist mindestens eine Stelle mit einer Volljuristin/einem Volljuristen zu besetzen.“ Sie bat hierfür um Zustimmung der übrigen Ausschussmitglieder.

Abschließend merkte Kreistagsabgeordnete Thomée an, dass nach ihrer Einschätzung der Erfolg der Beratungsstelle davon abhängen werde, dass nicht nur auf Fälle und Anfragen gewartet, sondern aktiv auf die Werkvertragsarbeiter/innen zugegangen würde. Sie bat zudem um einen regelmäßigen Bericht im Ausschuss.

Beratendes Mitglied Fangmann betonte, dass der Landescaritasverband ausdrücklich die Einstellung einer Volljuristin / einem Volljuristen anstrebe. Er gab aber zu bedenken, dass es schwierig werden könne, eine/einen passende/n Bewerber/in für die Stelle zu finden. Wenn dies Bedingung werde, könne es ein Problem sein, die Beratungsstelle pünktlich zu starten. Für den Fall, dass die Stellenbesetzung mit einer Volljuristin / einem Volljuristen nicht termingerecht möglich sei, schlug beratendes Mitglied Fangmann vor, zumindest mit zwei Sozialarbeiter/innen zu beginnen. Zur juristischen Unterstützung stehe im Hintergrund ein Jurist des Landescaritasverbandes zur Verfügung.

Kreistagsabgeordneter Stratmann erklärte, dass die CDU-Fraktion das Konzept eingehend geprüft habe und die Einrichtung der Beratungsstelle unterstütze. Er schlug vor, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zuzustimmen.

Kreistagsabgeordneter Arkenau zeigte Verständnis für die Forderung nach der Besetzung der Stelle mit einer Volljuristin / einem Volljuristen. Für den Fall, dass dies aber

nicht sofort möglich sei, schlug er vor, die Beratungsstelle zu starten und einen Juristen auf einem anderen Weg einzubinden.

Vorsitzender Eilers fasste das Ergebnis der nachfolgenden Diskussionsrunde dahingehend zusammen, dass der Start der Beratungsstelle Vorrang habe und Kreistagsabgeordnete Thomée ihren Ergänzungsantrag nicht aufrechthalte, da seitens des Landescaritasverbandes eine ausreichende juristische Unterstützung gesichert werde. Diese juristische Kooperation gelte aber nur solange, wie das Ziel der Besetzung mit einer Volljuristin / einem Volljuristen nicht erreicht sei.

Vorsitzender Eilers stellte den Antrag des Kreistagsabgeordneten Stratmann zur Abstimmung.

Der Sozialausschuss beschloss einstimmig, dem Kreistag zu empfehlen, ab dem 01.01.2018 jährlich finanzielle Mittel in Höhe von bis zu 90.500,00 Euro für die Einrichtung eines „Niedrigschwelligen (Rechts-) Beratungsangebotes im Oldenburger Müns-terland für Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten in prekären Beschäftigungsverhältnissen“ zur Verfügung zu stellen.

**9. Antrag/Anfrage gem. § 56 NKomVG der Gruppe GRÜNE/UWG – Beratungsangebote für Werkvertragsarbeitnehmer_innen
Vorlage: V-SOZ/17/068**

Vorsitzender Eilers führte einleitend aus, dass sich dieser Tagesordnungspunkt durch die Beratung und den Beschluss zum TOP 8 weitgehend erledigt habe.

Dr. Neumann, Leiterin der Stabsstelle Gleichstellung, Integration und Demografie (GDI), nahm zum Schreiben der Gruppe GRÜNE/UWG vom 13.08.2017 (Vorlagen-Nr.: V-SOZ/17/068) wie folgt Stellung:

Zu 1.

Welche Gespräche hat die Kreisverwaltung nach dem Kreistagsbeschluss in der genannten Sache wann und mit wem geführt?

Am 01.03.2017 fand ein Gespräch des Ersten Kreisrates Herrn Frische, Frau Thesing von der Koordinierungsstelle Migration und Teilhabe im Hause und Frau Dr. Neumann mit den Mitarbeiter_innen der „Beratungsstelle für mobile Beschäftigte in Niedersachsen“ mit Sitz in Oldenburg (Frau Reim, Frau Kromova und Herrn Bischof) statt.

Ein weiteres Gespräch folgte am 21.04.2017. Daran nahmen Herr Frische, Frau Thesing, Frau Dr. Neumann und Herr Fangmann vom Landescaritas-Verband Oldenburg teil.

In gleicher Konstellation fand ein weiteres Gespräch am 05.07.2017 statt.

Am 24. August 2017 folgten 15 Vertreterinnen und Vertreter von Beratungsstellen im Landkreis Cloppenburg, die in ihrem Arbeitsalltag Werkvertragsarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer beraten, einer Einladung der Koordinierungsstelle Migration und Teilhabe zu einem Austausch.

Zu 2.

Welche Fortschritte wurden bisher erzielt? Was ist der aktuelle Sachstand?

Das Konzept des Landescaritas-Verbandes „Niedrigschwelliges (Rechts-) Beratungsangebot im Oldenburger Münsterland für Arbeitsmigrantinnen und -migranten in prekären Beschäftigungsverhältnissen“ wurde unter TOP 8 dieser Sozialausschusssitzung beraten.

Zu 3.

Wie stellt sich nach Kenntnis der Kreisverwaltung der aktuelle Sachstand des in der Sitzung des Sozialausschusses am 04.05.2017 thematisierten Projektes des Landescaritasverbandes dar.

Siehe TOP 8

Zu 4.

Teilt die Kreisverwaltung die Auffassung, dass insbesondere eine Beratungsstelle sinnvoll wäre, die den Werkvertragsarbeiter_innen eine arbeitsrechtliche Erstberatung bietet und zur klageweisen Geltendmachung von Forderungen mit Rechtsanwälten_innen aus der Region zusammenarbeitet?

Siehe Beschlussvorschlag der Verwaltung zu TOP 8

Zu 5.

Hat die Kreisverwaltung im Hinblick auf die Ausweitung der Beratungsangebote bereits eigene Konzeptpapiere entwickelt oder liegen der Kreisverwaltung diesbezüglich Konzeptpapiere von Dritten vor?

Nein, die Kreisverwaltung hat keine eigenen Konzeptpapiere entwickelt, da in den konstruktiven Besprechungen mit dem Landescaritas-Verband Oldenburg die Vorstellungen des Landkreises in das vorliegende Konzept mit einfließen konnten. Konzeptpapiere Dritter liegen nicht vor.

10. Mitteilungen

Kreistagsabgeordneter Karnbrock machte auf die Vorführung des Filmes „Alles Gut“ aufmerksam. Am Beispiel von zwei Geflüchteten aus Mazedonien bzw. aus Syrien und ihren Familien erzähle der Film von den kleinen und den großen Hürden, die vor Geflüchteten lägen, wenn sie in Deutschland leben möchten. Der Film nähere sich den entscheidenden Konflikten, die es zu lösen gelte, damit Integration funktionieren könne.

Termin sei der 18. September 2017, im CineCenter Cloppenburg, um 19:30 Uhr. Der Eintritt betrage 7,00 Euro. Nach den Filmen würden Menschen, die nach Deutschland geflüchtet seien, von ihren Erfahrungen berichten.

Kreistagsabgeordneter Karnbrock lud alle Interessierten ein.

Vorsitzender Eilers stellte fest, dass weitere Mitteilungen nicht vorlagen.



Um 18:20 Uhr schloss der Vorsitzende die Sitzung.

Vorsitzender

Kreisrat

Protokollführer/in